

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

12. Sitzung des Reichstages (19. März 1877).

11 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Kameke, Leonhardt, Stephan, Frhr. Bergler von Berglas, v. Rostiz-Wallwitz, Abelen, Generalmajor v. Voigt-Rhege, Faber du Faur u. A.

Der Abg. Fürst von Hohenlohe-Schillingensfürst ist in das Haus eingetreten.

Seitens des Bundesrathes sind dem Hause zwei Gesetzentwürfe für Elbschiffahrt zugegangen: betreffend die Errichtung von Apotheken und die Abänderung des Gesetzes vom 30. März 1873 (Weinsteuergesetz).

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die erste Verathung des Gesetzentwurfs über den Sitz des Reichsgerichts. Die Vorlage lautet in ihrem einzigen Paragraphen: „Das Reichsgericht erhält seinen Sitz in Leipzig.“

Staatssecretär Dr. Friedberg: Gestatten Sie mir, die heutige erste Verathung des Entwurfs über den Sitz des Reichsgerichts mit einigen Worten einzuleiten. Nachdem in der vorigen Reichstagsession die großen Justizgesetze zum Abschluss gelangt waren, mußte es die Reichsregierung als eine ihrer ersten Aufgaben erkennen, diejenigen ergänzenden Gesetze in Angriff zu nehmen, welche nöthig waren, um den in dem Einführungsgezet zu den Justizgesetzen als äußersten Tag angegebenen Termin, nämlich den 1. October 1879, inne halten zu können. Dabei kam die Reichsregierung zu der Ueberzeugung, daß keines von diesen ergänzenden Gesetzen zur Durchführung der großen Justizreform im Deutschen Reich nothwendiger sei, als das Gesetz, welches den Sitz des Reichsgerichts bestimmt. Es muß vor Allem der Sitz feststehen, an den das Reichsgericht hinkommt, bevor man daran denken kann, die sonst erforderlichen Organisationen in Betracht zu ziehen.

Als die Reichsregierung nun dazu kam, ihrerseits den Ort auszuwählen, war sie sich keinen Augenblick der großen Schwierigkeit unbesußt, die eine solche Wahl haben mußte. Sie hatte nicht nöthig auf die Verhandlungen zurückzugehen, die der einst im Norddeutschen Bunde über den Sitz des damals einzurichtenden Oberhandelsgerichts gepflogen wurden; sie hatte nur nöthig zurückzugehen auf die Debatten des letzten Reichstages über den § 125 des Gerichtsverfassungsgesetzes, um zu wissen, daß wie damals, so auch künftig bei dieser Frage die äußersten Gegensätze der Anschauung auf einander plagen mußten. War doch im vorigen Reichstage nichts Anderes übrig geblieben, als die Frage, wohin das Reichsgericht zu verlegen sei, zu vertragen, um, wie einer Ihrer hervorragenden Redner bemerkte, das schon bis zum Sinken überladene Schiff nicht noch dadurch zum Umkippen zu bringen, daß man zu den anderen schweren Lasten noch die über den Sitz des Reichsgerichts hinzulegte. So, meine Herren, ist es gekommen, daß die damals nicht gelöste und vertagte Frage der jetzigen Legislaturperiode zugezogen ist als eine Erbschaft, deren Regulierung auch ihr nicht leicht werden wird und bei der schließlich der eine oder der andere der Interessenten mit der Regulierung möglicherweise sehr wenig zufrieden sein wird. Die Thatfache nun ist seit Monaten in der Presse so vielfach für und wider, ja manchmal nicht ohne eine gewisse Leidenschaftlichkeit behandelt und erzwungen worden, daß es allgemein bekannt ist: die Reichsregierung hat in dem Gesetzentwurf, den sie aufgestellt hat, Berlin als Sitz des künftigen Reichsgerichts in Aussicht genommen. Es war hierfür hauptsächlich die Erwägung maßgebend, daß Berlin der Sitz der Reichsregierung ist und man glaubte, daß da, wo die Regierung ihren Sitz habe, auch das Reichsgericht residiren müßte. Bei den weiteren Studien, die dieser Gesetzentwurf zunächst zu durchlaufen hatte, machte sich aber eine andere Auffassung geltend und es wurde von einer anderen Regierung der Antrag eingebracht, nicht Berlin, sondern Leipzig zu wählen und dieser Antrag hat schließlich die Mehrheit der verbündeten Regierungen gefunden, so daß jetzt Ihnen ein Gesetzentwurf vorliegt, der Ihnen vorschlägt, Leipzig als Sitz des höchsten Gerichts zu wählen.

In der Erörterung des Für und Wider bei dieser Frage, war man darüber allseitig einverstanden, daß nur eine große Stadt in Deutschland Sitz des höchsten Gerichts werden könne. Für beide Städte, Berlin sowohl wie Leipzig wurde eine Reihe von Gründen angeführt; Beides sind große Städte, beide sind nahezu im Mittelpunkt des Deutschen Reiches gelegen, also durch die geographische Lage gleichberechtigt zu dem Anspruch, den Sitz des Reichsgerichts zu bilden, beide sind der Sitz hochangesehener Universitäten und auch zugleich der Sitz eines großen geistigen Entwicklungspunktes des Lebens der Nation; beides sind aber auch Centren eines großen, weit entwickelten Handelsverkehrs, den man wohl einen Weltverkehr nennen kann; jedoch also, wenn man nur diese Vorzüge gegen einander abwägt, jede von beiden Städten gleichberechtigt sein könnte. Sitz des höchsten Reichsgerichts zu werden. Eine Vorbedingung aber hatte Leipzig gegen Berlin voraus und konnte diese gegen Berlin ins Feld führen, daß es nämlich schon der Sitz des zur Zeit höchsten Reichsgerichts im Reich ist, und daß man nicht glaubte Gründe anführen zu können, die dazu zwingen müßten, den Verbleib zu ändern. Der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf motivirt daher auch Leipzig lediglich mit der Bemerkung, daß als ausschlaggebend die Erwägung gegolten habe, daß Leipzig bereits der Sitz des Oberhandelsgerichts sei. Es ist nun in angelegenen Blättern gesagt worden, die Motive dieses Gesetzentwurfs wären von einer Knappheit und Mächtigkeits, wie man sie sonst wohl nie in der Motivierung eines so wichtigen Gesetzes gefunden habe. (Sehr wahr!) Indes man darf wohl fragen, ob denn Knappheit und Mächtigkeits der Gesetzmotivierung ein Fehler sei, zumal bei einem Gesetze, welches wie das vorliegende im Ganzen aus nicht mehr als sieben Worten besteht.

Ja man darf wohl sagen, wie reichhaltig und geistvoll auch die Argumente sein werden, die im Widerstreit der Meinungen in diesem Hause für die eine oder die andere Stadt werden angeführt werden, einleiden Sie diese Argumente ihres rednerischen Schmuckes, so werden sie schließlich doch immer darauf zurückzuführen: Berlin ist vorzuziehen, weil es die Residenz des Kaisers, weil es der Sitz der höchsten Reichsgewalt, sowie der Sitz des Bundesrathes und des Reichstages ist, und auf der anderen Seite: Leipzig ist vorzuziehen, weil es im Verhältnisse ist und wir den Verbleib nicht ohne die allerzwingendsten Gründe ändern dürfen. Möge mir nun das Haus noch gestatten eine Bemerkung mehr persönlicher Art hinzuzufügen. Als Reichsbeamter bin ich an dieser Stelle berufen, in erster Linie den Gesetzentwurf, wie ihn die verbündeten Regierungen Ihnen vorgelegt haben, zu vertreten (Heiterkeit). Sie wollen aber die Güte haben es mir zu versetzen, wenn ich, falls der Lauf der Debatte dazu Anlaß geben sollte, von dem zeihen, wenn ich, falls der Lauf der Debatte dazu Anlaß geben sollte, von dem formalen Rechte, welches die Verfassungsurkunde jedem Bundes-Verollmächtigten giebt, Gebrauch mache und auch eine Anschauung vertritt, welche in dem Gesetzentwurf nicht ihren Ausdruck gefunden hat. (Heiterkeit.) Ich kann ja nicht verkennen, daß auf den ersten Blick diese Stellung eines Regierungsvertreters manchen Mißverständnissen ausgesetzt werden kann: ich glaube aber, Sie werden diese Mißverständnisse nicht eintreten lassen, wenn Sie die ganz eigenthümlich complicirte Lage des Falles erwägen, in welchem wir gerade bei diesem Gesetzentwurf uns befinden. Ich glaube, daß diese Bitte um Nachsicht für mich um so eher auf Erfüllung rechnen darf, wenn ich hiermit als Ueberzeugung der verbündeten Regierungen es ausspreche, daß, wie auch die Meinungen darüber, welche Stadt zu wählen sei, ob Leipzig oder Berlin, auseinandergehen, lediglich Jeder die Voraussetzung für sich in Anspruch nehmen darf, daß damit nicht ein particulares Landesinteresse, noch weniger aber ein locales Stadtinteresse vertheidigt werde (Beifall), sondern daß die Vertheidiger hier und die Vertheidiger dort nur von dem Gedanken des Reichsinteresses getrieben werden und daß sie den Ort so wählen, wie sie glauben, daß die Entwicklung unseres Rechts in Deutschland und damit die Entwicklung unseres politischen Lebens überhaupt am besten gefördert wird. (Beifall.)

Abg. Gneist: Das Ober-Handels-Gericht ist seiner Zeit als ein Grundstein zur Einheit der deutschen Rechtsprechung mit Recht begrüßt worden und unberührt von dem, in welchem Maße die königlich sächsische Regierung das Zustandekommen desselben gefördert hat. Eben so wird ein Einverständnis darüber herrschen, daß der damals begründete Gerichtshof in der blühenden Handels- und Universitätsstadt Leipzig sich wohl befunden hat

und wohl befindet. Wenn nun in nächster Zukunft das deutsche Reichs-Gericht auf Grund des Gerichts-Verfassungsgesetzes in das Leben treten soll, so entsteht die Frage, ob dasselbe dem schon begründeten Ober-Handelsgericht zu folgen und sich anschließen hat? Man kann diese Frage bejahen, wenn der Gerichtshof nicht mehr darstellt, als ein deutsches Ober-Appellations-Gericht. Man wird sie verneinen müssen, wenn die neue Institution ihren Schwerpunkt vielmehr in der staatsrechtlichen Bedeutung eines Bundesgerichts hat. Erlauben Sie mir deshalb an die staatsrechtlichen Artikel unserer Justizgesetze zu erinnern, welche so leicht unter der Menge vergessen werden.

Das jetzt zu errichtende Reichsgericht ist zunächst Staats-Gerichtshof für die Verbrechen des Hoch- und Landesverrats und als solcher zur Entscheidung schwerwiegender Verfassungsfragen berufen.

Es ist Verwaltungs-Competenzhof, welcher einen Theil der Landes-Competenzhöfe absorbiert und in folgerichtiger Weiterbildung sie alle aufzuehrt wird.

Es ist oberster Straf-Gerichtshof über die Reihe der staatsrechtlichen Fragen, welche in dem deutschen Strafgesetzbuch entschieden sind, und welche in Form strafgerichtlicher Entscheidung hier zum endgültigen Austrag kommen.

Es ist vor Allem Competenz-Gerichtshof für die Gesamthätigkeit der Beamten des Reichs, indem es endgültig im Straf- und Civilproceß entscheidet, ob die Reichsbeamten, „innerhalb ihrer Zuständigkeit“ gehandelt haben. Ein solcher Gerichtshof wirkt in einem Bundesstaat wesentlich anders als wir es gewohnt sind. Es entscheidet die schwerwiegenden Fragen über die Abgrenzung der Competenz des Reichs und seiner Organe gegenüber den Landesregierungen. Es muß uns damit das fehlende Institut der Ministeranfrage ersetzen. Denn weiter noch als die Ministeranfrage reicht der deutsche Reichsgrundfah, daß unsere Gerichte selbstständig zu entscheiden haben, ob die Beamten in ihrer amtlichen Thätigkeit sich innerhalb der Verfassung und der Gesetze bewegen oder nicht. Die unmittelbare Verantwortlichkeit der einzelnen Beamten erstreckt sich damit auf alle einzelnen Glieder und bis in die feinsten Poren der Staatsthätigkeit und giebt eine scharfe, feste Linie zwischen der Competenz des Reichs und der Einzelstaaten nach Maßgabe der heutigen Verfassung. Unter diesen unheimlichen Einzelentscheidungen verbergt sich die eigentliche Bedeutung eines Bundesgerichts mit seiner Rückwirkung auf die Verhältnisse unseres zusammengefügten Staates, in welchem es die Zuständigkeit der Bundesgewalt regelt, die Bundes-Verfassung und die Bundesgesetze endgültig auslegt. Ohne Verlegung des vielleicht contestablen Namens „Bundesgericht“ haben die Beschlässe des Reichstages zu den Justizgesetzen dafür georgt, die Sache zu schaffen, und zwar in deutscher Weise durch Grenzziehung zwischen Reich und Einzelstaat bis in die kleinsten Gebiete der Verwaltung verab. In den heute bestehenden Bundesstaaten waltet wohl kein Streit darüber, daß diese Stellung des höchsten Gerichtshofes der Bundesverfassung erst ihren Halt giebt. Die Competenzfragen, welche bis jetzt zwischen Majoritätsbeschlüssen des Reichstages und des Bundesraths unentschieden schwanken, werden vom 1. October 1879 an durch sicheren Rechtspruch erledigt werden.

Die Gefahr einer fortschreitenden Centralisation, welche darauf beruht, daß die höchsten Behörden durch Selbstauslegung der Gesetze und Ausdehnung des Aufsichtsrechts stets neue Gewalten an sich ziehen können, findet durch die Stellung des Gerichtshofes das so lange vermisste Gegengewicht die wirksame Abhilfe. Unsere Reichsverfassung, welche bisher noch lex imperfecta war, wird damit zur lex perfecta, eben so wie die Verfassung der Schweiz und der Vereinigten Staaten Nordamerikas. Mit der Auslegung unseres Reichsrechts durch den höchsten Gerichtshof wird unser neues positives Staatsrecht wiederum fundirt werden. Mit dem 1. October 1879 wird das bisherige Grundrecht eines jeden Deutschen, sich seine staatsrechtlichen Begriffe selbst zu machen, erlöschen. Daß nun aber das Reichsgericht in diese bedeutungsvolle Stellung hineingerückt worden ist, erscheint wesentlich als das Wert und das Verdienst des deutschen Reichstages. Beinahe einstimmig hat der Reichstag diese staatsrechtliche Stellung des Reichsgerichts durchgeleitet gegen den lebhaftesten Widerspruch der verbündeten Regierungen. Beinahe einstimmig ist sie zur Geltung gebracht gegenüber der Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung, welche sich immer nur für Interessen, „Partei- und Wahlfragen erwärmt, nicht aber für die rechtlichen Fundamente der Reichsverfassung, welche weder gemeinverständlich noch populär sind. Um so mehr aber ist die Hoffnung berechtigt, daß die Einsicht und der Patriotismus der hohen Versammlung auch demüthig sein werde, ihrer Schöpfung die angemessene Stellung zu geben, — sollte es auch noch einmal gegen den Willen der verbündeten Regierungen geschehen und nochmals unter den Umgebungen einer gleichgültigen oder zerfahrenen öffentlichen Meinung. Die von dieser Stelle zu erwartende Einsicht wird noch einmal dafür sorgen, die wichtigste Rechtschöpfung des Reichs nicht zur Parteifrage werden zu lassen. Sie wird es als unsere gemeinsame Aufgabe ansehen, den neuen Bundesgerichtshof als zuverlässiges, dauerndes Gegengewicht gegen die Verwaltungs-Centralisation in lebendige Wechselbeziehung zu der Reichsregierung zu setzen.

Eine solche persönliche Verbindung zwischen Reichsgericht und Reichsregierung ist nach den Erfahrungen der heutigen Zeit nothwendig zunächst um der Juristen willen, — um den Entscheidungen eines höchsten Gerichtshofes das volle Verständnis der heutigen Institution des Reichs zu geben. Allerdings gab es eine Zeit, in welcher die staatsrechtlichen Streitfragen in Deutschland durch Astenverfennung an ein entferntes Spruchcollegium oder an eine Juristen-Facultät zum Austrag kommen mußten und konnten. Es gab eine Zeit, in welcher die Entscheidung ihren Schwerpunkt in einem historischen und antiquarischen Material hatte, welches aus vielen Büchern und Entschenten der Doctoren zu entnehmen war. Es gab eine Zeit, in welcher man sich der staatsrechtlichen Function eines höchsten Gerichtshofes nicht bewußt war, und die Spruchfachen aller Gerichtshöfe sich als einen gleichartigen Stoff dachte. Aber diese Zeit ist vorüber, mögen auch einzelne Reminiscenzen in den herrschenden Vorstellungen noch fortleben. Das staatsrechtliche Verständnis für die positiven Institutionen des heutigen Reichs gewinnt man nicht aus dem Umgange mit vielen juristischen Collegien aus dem Richteramt oder aus der Rechtsanwaltschaft, auch nicht bei dem höchsten Gerichtshofe, auch nicht aus dem Umgange mit Universitätsprofessoren. Ich kann dabei aus meiner eigenen bescheidenen Erfahrung sprechen. Das Verständnis dafür gewinnt man vielmehr aus dem öffentlichen Leben selbst, durch das offene Auge und Ohr, für unser veränderndes öffentliches Recht das Eindringen in die Intentionen unserer gesetzgebenden Körper, durch die lebendige Anschauung unseres Staats in seiner Gesamthätigkeit, womöglich durch ein zeitweises Mitthun im öffentlichen Leben, in jedem Fall erst durch die Gewöhnung, den wechselnden Erscheinungen des öffentlichen Lebens ihre rechtliche Seite, ihre objectiv Beurtheilung sub specie aeterni abzugewinnen. Gewiß entsteht dabei auch die Gefahr, selbst zum Parteimann zu werden. Aber ohne diese Gefahr ist ein Verständnis staatsrechtlicher Fragen überhaupt nicht zu gewinnen, und diese Gefahr wird erfahrungsmäßig überwunden durch die stetige Gewöhnung im richterlichen Beruf, durch die persönliche Stellung, die Collegialität, das tägliche Zusammenwirken der Richter. Vergeblich dagegen würde sich jeder Versuch erweisen, dieser Gefahr zu entgehen durch die Flucht aus dem pulsvollen Leben des Staats, durch die Isolirung des Richteramts. Nicht bloß England, sondern alle heutigen Staaten, in denen die Gerichtshöfe ihre Stellung als Regulatoren des öffentlichen Rechts einnehmen, sind in der Anerkennung dieser Wahrheit einig. Das Verständnis der Richter und Anwälte für staatsrechtliche Fragen ist eben nur dadurch gewonnen, daß man das Richteramt und die Hauptfunktionen der Advocatur ihren Platz im Mittelpunkt der Reichsregierung nehmen ließ.

Ist diese Veranrüdung nothwendig, um des Personals der Richter willen: so erscheint sie noch nothwendiger für die Reichs-Regierung selbst, als zu einer vollständigen und gesunden Entwicklung unserer Reichs-Institutionen selber gehörig. Ein constitutionelles Ministerium bedarf an sich der Anlehnung an einen Gerichtshof, eine General Staatsanwaltschaft oder analoge Stellen, die wie ein Justiziar des Ministeriums eine anerkannte Autorität in Rechtsfragen darzustellen vermag. Eine Ministerverwaltung ohne diese feste Rückwand, ohne das Element der staatsrechtlichen Controle und

Verathung, wird nach außen und innen in eine oscillirende, nervöse Bewegung gerathen. Denn die Verantwortlichkeit der Minister und die Einheit der Action unter den Ministern setzt ein stabiles Element der Reichscontrole voraus, welches der französische Constitutionalismus stets verlannt hat. Erst dadurch, daß die Minister von der Selbstauslegung der Verfassung und der Gesetze entbunden sind, wird die freie, einheitliche Action eines constitutionellen Ministeriums möglich. Erst dann hört der Zustand auf, in welchem aus jeder neuen ministeriellen Maßregel ein Competenzstreit, aus jedem Uebergriff ein unlösbarer Conflict entstehen kann. Diese Nothwendigkeit einer festen juristischen Autorität neben der Centralverwaltung besteht in doppeltem Maße für den Bundesstaat und seine funktvoll zusammengefügte Verfassung und Regierung. Man hat bisher noch keinen Bundesstaat versucht ohne ein Bundesgericht. Als das Wunderbarste an unserem Bundesstaat erscheint es, daß es bereits seit 10 Jahren besteht ohne das Element einer Rechtscontrole, und ohne daß für die zahllosen Streitfragen der Competenz zwischen Reichs- und Landesregierungen ein anderer Ausweg als der der gütlichen Vereinbarung bestanden hat. Es kann das als ein Zeugniß allseitiger Mäßigung und Besonnenheit gelten: aber als ein dauerndes Verhältniß wird es nicht bestehen. Der bisherige Zustand erlaubt sich wohl daraus, daß das heutige Reich sich eigenthümlich aus drei Elementen zusammengefügt hat, die von einer Rechtscontrole wenig wissen.

Unsere Reichsregierung hat sich zusammengefügt zunächst aus den Formen, Traditionen und dem Personal des diplomatischen Dienstes, der gerade in seinen höchsten Leistungen neue Rechtsverhältnisse in großem Stil schafft und welche deshalb den äußersten Gegensatz gegen den „Rechtsrichter“ bildet, dessen mühevoller Thätigkeit in Regelung der kleinen Verhältnisse des positiven Rechts ihm leicht zum Gegenstand der Abneigung wird. Die Reichsregierung hat sich ferner zusammengefügt aus den Formen, Traditionen und dem Personal des Zollvereins und der Militärverwaltung, die eine Rechtscontrole nur in bescheidenem Maße ertragen. War es anders möglich, als daß das Element der Justiz im Reich wie so bescheidene antichambernde Stellung erhalten mußte, daß es der Reichsregierung so schwer wurde, eine feste Stellung zu den Reichs-Justizgesetzen zu nehmen und dieselben in ihrer Tragweite zu würdigen? Wenn nun aber jene drei Elemente der Staatsgewalt zu einem Körper zusammenwachsen, wenn dazu die Hauptaufgaben der Reichs-Gesetzgebung für die deutsche Nation, wenn wichtige Finanz- und andere Gewalten hinzutreten: so entsteht ein umfangreicher Regierungskörper, der das conservative Element eines neugeordneten Bundesgerichts noch weniger entbehren kann, als der Einzelstaat, weil der Bundesstaat ohnehin stetig auf gespanntem Fuß mit der Souveränität der Einzelstaaten leben muß. Hier liegt doch wohl die Wurzel des nervösen Zustandes der Reichsregierung trotz der Gesundheit der einzelnen Glieder? Die Ober-Souveränität des Reichs ist zu einer consolidirten Staatsregierung mit großem Finanzhaushalte geworden. Sie soll und will dafür dem Parlament Rechte stehen. Sie bedarf dafür der einheitlichen Action und durchgreifenden Gewalten. Alle Welt verlangt nach einem „verantwortlichen“ Finanzminister und nach anderen „verantwortlichen“ Ministern. Aus der Mitte des Parlaments selbst heraus wird das Bedürfnis einer einheitlichen Leitung der Staatsgeschäfte, einer sicheren Initiative, einer stetigen Führung ausgesprochen.

Worin aber liegt das Unüberwindliche, nicht ausgesprochene Hemmnis? Vielleicht darf ich es aussprechen: es liegt darin, daß der „verantwortliche“ Reichs-Kriegsminister, Finanzminister u. seine Collegen in Sachen, Württemberg u. zu Unterstaatssecretären oder Provinzial-Directoren herabzugesetzt scheint, — diese Gefahr oder dieser Schein der Mediocrisation des Einzelstaats dauert eben so lange, wie die Rechtscontrole fehlt, welche den Reichsminister auf seine Reichs-Competenz beschränkt und damit den Landesminister und die Landesregierung in ihrer verfassungsmäßigen Selbstständigkeit sichert. So lange es daran im Reich fehlt, wird jeder Schritt zur Vereinfachung und durchgreifenden Gestaltung der Reichsgeschäfte nur zu Competenzstreit, Reibung und Mißtrauen führen. Dies Mißverhältnis, welches die Reichsregierung in ihrer Thätigkeit lähmt, kann und wird sich erst heben, wenn äußerlich erkennbar und in Vertrauen erweckender Gestalt das Reichsgericht neben der Centralverwaltung erscheint als unerrückbare Schranke der Reichsregierung, als der wirksame Schutz gegen die Gefahr administrativer Centralisation sichtbar erscheint. Eben darum aber muß dieses stabile Element der Reichsverfassung unmittelbar an die Centralregierung herangerückt werden. Reichsregierung und Bundesrat werden sich an den Anblick eines ihnen neugeordneten Gerichtskörpers gewöhnen müssen. Sie werden sehr bald erkennen, daß hier nicht der „Rechtsrichter“ dem Staatsmanne Opposition machen, sondern daß vielmehr ein Bundesgericht den einzelnen Gliedern den sicheren Schutz gegen Uebergriffe der Reichsgewalt gewährt wird. Im Reich aber wird die Finanz-, Handels- und Militärverwaltung eben dann die Möglichkeit der einheitlichen raschen Action gewinnen, ohne dem stetigen Verdachte centralisirender Tendenzen zu unterliegen. Der Reichskanzler wird seine durchgreifenden Forderungen durchsetzen, sobald es vor aller Welt feststeht, daß er nichts fordern kann, was er nicht im Sinne und Geist der Reichsverfassung verlangen darf. Wenn die Grenzlinie unerrückbar feststeht, wird auch die Weise der gütlichen Verständigung und freundlichen Rücksichtnahme um so besser geübt, für welche im hohen Bundesrath so viel Sinn und gute Gewöhnung vorhanden ist.

Dies ist nicht etwa ein Ideal, sondern es ist in den heute bestehenden Bundesstaaten das allerorts anerkannte Verhältniß, welches trotz der künftigen Zusammensetzung der Competenzen die Einheit der Action und das Bewußtsein der allseitigen Sicherheit der Rechte begründet, ein Verhältniß aber, welches, wie jede Staatsregierung, auf Einheit des persönlichen Wirkens berechnet ist. Form und Geist der Parlamente und der Gerichte waren zu allen Zeiten identisch. Beide beruhen heutigen Tages nicht mehr auf Doctorencollegien und Astenverfennung, sondern auf mündlicher Rede und Verhandlung unter Gegenwärtigen. Und darauf beruht auch ihre Wechselwirkung. Die gegenseitige Einwirkung zwischen Reichsgericht und Reichsregierung, die man durch Astenverfennung und Correspondenz herstellen wollte, es würde in ihrer altmodigen Weise so wenig das Reich wie das Recht fördern; denn Reichs- und Reichsleben sollen in ihrer geistigen Substanz sich wieder durchdringen, gegenseitig kräftigen und gegenseitig regeln.

Dies sind die Gesichtspunkte, welche für ein deutsches Reichs- und Bundesgericht eigenthümliche Lebensbedingungen in sich tragen und welche es wohl nicht zufällig erscheinen lassen werden, die Frage so zu stellen, als ob es sich um ein vereinigt Ober-Appellationsgericht handelte, welches noch einmal wie früher in Jena oder in Lübeck oder in irgend einer anderen Stadt des Reichs zu errichten wäre.

Wagen wir nun mit diesen Gesichtspunkten diejenigen ab, welche für die Verlegung des Reichsgerichts nach Leipzig geltend gemacht werden, so enthalten die Motive der Regierungsvorlage darüber eigentlich weiter nichts, als daß sie das Oberhandelsgericht mit dem neuen Reichsgericht auf eine Linie stellen und ein forum connexitatis annehmen. Es sagt das scheinbar sehr wenig und sagt doch sehr viel. Es sagt im Rapidatstil, daß bei der Mehrheit der Bundesregierungen noch dieselben Anschauungen von Staat und Gericht vorherrschen, wie in den Zeiten, in welchen die vereinigten Ober-Appellationsgerichte zu Rostock, Lübeck, Bremen entstanden. Es steht mir kein Urtheil darüber zu, aus welchen Gründen die deutschen Minister bei der Verathung der Justizgesetze und jetzt die Institution eines wirksamen Bundesgerichts bekämpfen, welche den einzigen Schutz der verfassungsmäßigen Souveränität ihrer Landesherren und der Selbstständigkeit ihrer Landesregierungen zu bilden bestimmt ist.

Ich schweige auch von gelegentlichen Aeußerungen außerhalb des Parlaments, daß Leipzig zur Zeit ein gesunder und wohlfeiler Ort, Berlin zur Zeit ein theurer und nicht angenehmer Aufenthalt sei. Ich meine, daß das Parlamentsprivilegium großen Fragen eine kleine Seite abzugewinnen, sich doch wohl auf die Budgetebenen beschränken sollte.

Als Hauptargument wird die wünschenswerthe Decentralisation zu Gunsten Leipzigs geltend gemacht.

Die Decentralisation beruht auf dem System, nach welchem Gesetz und Gericht den Communen, den Provinzen, den Einzelgliedern des Staates

den Kirchen, die Selbstständigkeit ihres Lebenskreises nicht, und durch Gerichtspruch die Ausdehnung des Centralgewalts durch Selbstinterpretation der Gesetzgebung, durch Ausdehnung des Ausschließungsrechts und der Administrationsgewalten hindert. Es ist das eine Systemfrage, keine Localfrage. Wir haben beispielsweise in Preußen ein kraftvolles Organ der Decentralisation aufgerichtet in dem Ober-Verwaltungsgerichte, welches verhindern wird, daß Gemeinden, Kreise, Provinzen nicht wieder aufgelöst werden durch die Allmacht der Ministerverwaltung.

Es ist aber noch Niemand auf den Gedanken gekommen, man müßte das Oberverwaltungsgericht von Berlin nach Magdeburg verlegen, um der answandernden Centralisation unserer Verwaltung ein Gegengewicht zu schaffen. Für diese Betrachtung, welche die Systeme mit der Localfrage standhaft verwechselt, würde England der centralisirteste Staat Europas sein, Frankreich der decentralisirteste. Wer hier von Centralisation spricht, hat nicht die Frage der Staatsorganisation, sondern bestimmte Interessenfragen im Auge. Vollkommen berechtigt ist es, wenn beispielsweise der Leipziger Hausvermieter dem Berliner Wohnungvermieter Widerstand entgegensetzt wegen übermäßiger Begünstigung des Centrums. Aber derjenige, welcher das eine oder andere Interesse mit dem Worte „Decentralisation“ bezeichnet, soll sich zunächst selbst klar machen, welche Interessen er damit meint, er soll über diese Interessen Farbe bekennen und uns überzeugen, daß diese Interessen wirklich wichtiger sind als die gesunde Grundorganisation des Deutschen Bundesstaats.

So bleibt nur noch der Gesichtspunkt übrig, daß das Reichsgericht von der Reichsregierung abgesetzt werden müßte im Interesse der Unabhängigkeit des Richtersonals, zur Abwehr der administrativen Beeinflussung. Es gab freilich in Deutschland eine Zeit, in welcher man einen Werth darauf legen mußte, daß das Reichsgericht seinen Sitz nicht in der Residenz des Kaisers, sondern in irgend einer Stadt des Reichs nehmen sollte. Allein jene Trennung, welche vor 100 Jahren die kaiserliche Regierung an eine Stelle, das Parlament an die zweite Stelle, das Reichsgericht an die dritte Stelle legte, war nur die plastische Erscheinung einer kranken Constitution. Soll die deutsche Absonderungslust noch einmal einen solchen Zustand schaffen? Nein. Die heutigen Voraussetzungen der Rechtsprechung im Reich sind völlig entgegengesetzte, die heutige Stellung der Richtercollegien eine völlig verschiedene. Ein Richtersonal, welches man nur durch die Entfernung von der Hauptstadt vor arger Verführung sicher zu stellen hätte, würde für ein deutsches Bundesgericht überhaupt unbrauchbar sein. Man wird auch vergeblich nach einem praktischen Beispiel eines durch die Hofumgebungen verführten Ober-Tribunals-Raths suchen. Glaubt das äußerste Mißtrauen Tendenzen an einem höchsten Gerichtshofe zu entdecken, so beruht dies in einer vorausgesetzten tendenziösen Verführung der Richter, nicht aber in einer Verführung der Personen durch den Ort des Gerichts. Gegen die einseitige Besetzung giebt es aber kein anderes Gegengewicht, als die stetige Gewöhnung an den richterlichen Beruf und die ständige Collegialität. In dieser Beziehung ist durch unsere neue Gerichtsverfassung alles auf einander gehäuft, was die Erfahrungen Deutschlands und der civilisirten Welt an bewährten Einrichtungen kennt, um die persönliche Unabhängigkeit der Richter zu sichern. Wenn dabei ein Zweifel bleibt, so kann es nur der sein, ob darin vielleicht das Gute zu viel gesehen, da in allen guten Dingen das Ziel in das Gegenheil umschlägt.

Wenn man uns aber endlich vorhalten will, daß auf den preussischen Gerichtshöfen neuesten Datums ein Schatten ruhe: so sollte man ein altes Unrecht nicht durch ein neues gut machen wollen. Auf diesem Gerichtshof ruht nicht der geringste Mafel oder Schatten, sondern der Schatten ruht auf jener conservativen Staatskunst, die eine Zeit lang an die Stelle unserer Gerichtshöfe verschiebbare Commissionen von judices selecti setzte, die unter dem Namen preussischer Gerichte Recht sprechen sollten. Unsere Gerichtshöfe in ihrer ständigen Formation können jede Verdächtigung ihres Rufes mit gerechtem Stolz zurückweisen. Als Sachjurist unterschätze ich gewiß nicht das hohe Verdienst des sächsischen Constitutionenrechts und des Leipziger Schöffenstuhls. Aber mit dem, was die Dynastie der Hohenzollern seit 150 Jahren gethan hat, um Recht und Gericht in Deutschland zu verjüngen, zu Ehren zu bringen und in Ehren zu halten, können jene Verdienste eine Vergleichung nicht bestehen. Eine unbefangene Schätzung der allseitigen Verdienste hätte der Mehrheit der Bundesregierungen wohl sagen sollen, daß Preußen durch seine Stellung zu dem verjüngten Reichsleben Deutschlands einen solchen Verfall nicht verdient hat. Die Hauptstadt Preußens kann es als eine Ehre ansehen, die vielleicht über Verdienste geht, wenn sie der Sitz des Reichsgerichts wird. Aber Preußen darf diese Ehre als solche beanspruchen, die den Erinnerungen an Friedrich den Großen und sein Kammergericht von Gott und Recht zugewohnt. Das Reichsgericht wird mit dem Wort „Berlin“ nur ausgesprochen, daß man dem Kaiser geben will, was des Kaisers ist, dem Reich geben will, was des Reichs ist, und daß man den Schlüsselstein der deutschen Reichsverfassung dahin legen will, wohin er gehört, in den kommenden Van der Kuppel, aber nicht abwärts. (Beifall.)

Abg. Frankenburger: Es ist mir interessant zu bemerken, daß sich der Vorredner auch einmal im Kampf mit den Regierungen befindet; noch interessanter würde es mir allerdings gewesen sein, wenn der Kampf gegen die preussische Regierung stattgefunden hätte. Am wenigsten möchte ich ihm jedoch auf einen Boden folgen, den er am Schluß seiner Rede betreten: es kann sich doch bei einem solchen Gesez nicht darum handeln, die Verdienste einer Dynastie und eines Staates um die öffentliche Rechtspflege durch den Sitz des obersten Reichsgerichts zu belohnen. (Sehr richtig!) Es wäre das doch ein Particularstandpunkt, den der Reichstag schwerlich zu dem seinigen machen wird. Der Vorredner hat auf den großen Unterschied zwischen Oberhandelsgericht und Reichsgericht hingewiesen, und ich werde darauf noch näher zurückkommen; wenn er aber das Reichsgericht stets als Staatsgerichtshof hinstellt, so muß ich ihm dem entschieden widersprechen; er soll nicht mehr und nicht weniger Staatsgerichtshof sein, als die jetzigen obersten Gerichtshöfe in den einzelnen Bundesstaaten. Die allgemeinen Argumente und Ausführungen des Abg. Gneist passen meines Erachtens nach nicht auf die Regierungsvorlage; wenn als Sitz Weimar vorgeschlagen wäre, wie es seiner Zeit der Abg. Windthorst wollte, so würden alle die Gründe zutreffen, welche von dem Vorredner vorgebracht sind, auf Leipzig passen sie aber durchaus nicht. Ich bin mit ihm vollständig einverstanden, daß der Richter nicht vom Leben abgeschnitten werde, sondern sich im Geiriede der Welt befinden und mitten aus ihnen heraus die Verhältnisse beurtheilen soll; aber es ist ja von dem Vertreter der Reichsregierung vorhin selbst zugegeben worden, daß Leipzig hierfür vollständig der geeignete Ort ist, und auch der Abg. Lasker bezeichnete diese Stadt bei den Debatten im Jahre 1869 nicht bloß als Handels-, sondern gleichsam als Weltstadt, in welcher von allen Seiten frisches Leben zusammenströmt. Alles, was für einen Richter des höchsten Gerichtshofes notwendig ist, findet man in Leipzig, aber man findet dort vieles nicht, was man außerdem noch in Berlin antrifft.

Der Vorredner hat vor Allem die Nothwendigkeit einer Wechselbeziehung zwischen Reichsregierung und Reichsgericht hervorgehoben, und ich gebe den Nutzen eines solchen Einflusses als vollständig zu, aber es kann auch eine Beeinflussung in schlechtem Sinne stattfinden. Die Entfernung zwischen Leipzig und Berlin ist nicht so groß, daß nicht die guten Einflüsse dorthin gelangen können, die schädlichen werden aber entschieden mit der Verlegung abgeschnitten werden. Ich betrachte die Frage nicht als eine hochpolitische oder eine nationale im hervorragenden Sinne; für mich sind die sachlichen Gründe vor Allem maßgebend. Die Vorlage führt als sachlichen Grund für Leipzig einzig und allein den Besizstand an, und wenn dieser wirklich allein es wäre, so würde ich keinen Augenblick Bedenken tragen, für Leipzig zu stimmen. Nun sagt der Vorredner freilich, heute handle es sich nicht um ein Oberhandelsgericht, sondern um das von jenem weit verschiedene Reichsgericht. Da möchte ich ihn aber auf die Debatten des Jahres 1869 über das Oberhandelsgericht aufmerksam machen, wo die Abg. Stephan, Miquel und Lasker es schon im Voraus direct ausgesprochen, daß möglicherweise jenes Oberhandelsgericht sich später zum Reichsgericht erweitern könnte, und mit Ausnahme des Abg. Windthorst (Meppen) hatte damals Niemand ein Bedenken gegen Leipzig. Alle Gründe, die damals für dasselbe geltend gemacht wurden, gelten aber auch noch heute.

Der Abg. Lasker bezeichnete es vom nationalen Standpunkte aus als eine Garantie gegen den Particularismus und der Abg. Stephan begründete die Verlegung nach Leipzig schon damals mit der Möglichkeit der Erweiterung des Norddeutschen Bundes nach Süden, eine Aussicht, deren so schnelle Erfüllung man allerdings damals nicht für möglich hielt, die man aber als Motiv acceptirte. Bei den Zustimmungen machte allerdings der Abg. Lasker auf eine Schwierigkeit aufmerksam und richtete demgemäß die Anfrage an den sächsischen Bundesbevollmächtigten, ob der höchste sächsische Gerichtshof noch neben dem Reichsgericht bestehen bleiben würde. Diese Frage ist bis heute noch nicht beantwortet worden und ich möchte doch den Vertreter auffordern, hierüber heute Auskunft zu erteilen. Jedenfalls wäre es ein Unrecht gegen Sachsen, wenn man ihm, das doch seiner Zeit mit dem Oberhandelsgericht die Initiative zur Begründung der Reichseinheit ergriffen hat, ohne die gewichtigsten Gründe heute den Besizstand freitrag machen wollte. Was die Bedenken wegen der Centralisation anbetrifft, so würde ich, wenn sachliche Gründe für Berlin sprächen, denselben kein allzugroßes

Gewicht beilegen, wenn man aber die vorkliegende Frage vom nationalen Standpunkte aus betrachtet will, so würde es nach meiner Auffassung viel richtiger sein, wenn Institute, welche die Quelle und Ausfluß des nationalen Geistes zu betrachten und geeignet sind, denselben in allen Schichten zu verbreiten und zu fördern, nicht an einer Stelle, der Reichshauptstadt, concentrirt werden, sondern in alle Theile des Landes einbringen. Schließlich kam der Abg. Gneist auf die Frage der Unabhängigkeit der Richter und es ist dies ein wichtiger Punkt. Wir haben in den Justizgesetzen allerdings viele Garantien für die Unabhängigkeit des Richtersonals geschaffen, aber man kann in dieser Beziehung nicht genug thun.

Es machen sich hier zwei Gesichtspunkte vor Allem geltend. Formell wird man in Deutschland der Meinung sein, so lange das Reichsgericht nicht von Berlin fortkommt, daß es lediglich eine Fortsetzung des preussischen Obertribunals ist, und man hat Traditionen des Obertribunals kennen gelernt, die man nicht gern auf das Reichsgericht übergehen sehen möchte. Man hat in den letzten Jahren immer von dem Geist der neuen Zeit und der neuen Gesetzgebung gesprochen, aber bei manchen Entscheidungen des Obertribunals, z. B. in Bezug auf die strafrechtliche Verurtheilung wahrheitsgetreuer Berichte über Gerichtsverhandlungen könnte man wirklich Zweifel erheben, ob dieser neue Geist auf jenes Gericht übergegangen ist und dieser Zweifel würde sich naturgemäß auch gegen das Reichsgericht in Berlin richten. Wir wollen deshalb einen ganz neuen Grund und Boden nehmen und ein neues und festes Fundament legen, um auf demselben einen sicheren und guten Bau errichten zu können, ausgestattet mit allen Garantien. Von den Freunden der Justizgesetze ist selbst zugegeben worden, daß manche Bestimmungen zu äußerst zweifelhaften Interpretationen führen könnten und auf die Bedenken, die wir damals geltend machten, wurde uns von Ihnen entgegen gehalten, daß würde das Reichsgericht mit voller Unparteilichkeit entscheiden. Wenn aber das Reichsgericht nur von einem Hauch des Mißtrauens berührt ist — und das wird der Fall sein, wenn es in Berlin bleibt (Unruhe und Widerspruch), — so wird dies Palladium verloren gehen. Sie werden mich durch Ihre Zusage in meiner Ueberzeugung nicht irren machen; ich bringe das zum Ausdruck, was meine Wahrnehmungen sind und eine andere Ueberzeugung habe ich mir nicht verschaffen können. (Beifall links.)

Bundesbevollmächtigter sächsischer Justizminister Abeken: Meine Herren! Mit Rücksicht darauf, daß die sächsischen Verhältnisse durch das Schicksal der Vorlage noch anders berührt werden, als die der anderen Bundesstaaten, wird man es als der Sache entsprechend ansehen, daß ich auf die Disfrage selbst nicht eingehe und auch die allgemeinen Interessen, welche von dieser Frage berührt werden, nicht erörtere. Denn auch bei Verührung dieser Interessen würde ich immer nur pro domo sprechen. Ich habe nur das Wort erbeten aus Anlaß der Mittheilung des Vorredners, daß eine Anzahl von Mitgliedern des Hauses gewonnen sei, für die Vorlage nur dann zu stimmen, wenn sie die Gewißheit hätten, daß für Sachsen ein eigener Gerichtshof dritter Instanz nicht beibehalten werden soll. Ueber diese Frage kann ich volle Gewißheit nicht geben. (Hört! Hört!) Die sächsische Regierung kann über diese Angelegenheit ohne Mitwirkung der Kammern eine Entscheidung nicht treffen. (Ab!) Das beruht auf Landesgesetzen. (Zuruf links: Aber was will die Regierung?) Wenn ich mich trotzdem über die Stellung der Regierung heute hier äußere, so muß ich hervorheben, daß ich damit der Landesvertretung in keiner Weise präjudiciren kann und will. Wenn ich mich heute darüber äußere, so hat das noch eine andere Unbequemlichkeit für mich, daß dadurch möglicherweise ein Ansehen erweckt werden kann, der an sich ein peinlicher wäre, außerdem aber auch unserer Auffassung in Betreff der maßgebenden Reichs- und Landesinteressen direct entgegenlaufen würde. Der Gedanke, welcher der Schaffung des Reichsgerichts zu Grunde liegt, ist die Erhaltung der Rechtseinheit durch Sicherstellung der gleichmäßigen Rechtsprechung auf dem Gebiet des Reichsrechts, welches durch die Einführung des in der Bearbeitung begriffenen allgemeinen deutschen Civilgesetzbuches zum Abschluß kommen wird. So lange unser Civilrecht noch Particularrecht ist, fällt die Ueberweisung der reinen landesrechtlichen Civilsachen an das Reichsgericht außerhalb seines eigentlichen Zweckes.

Daß ungeachtet dessen schon jetzt die Verlegung des Reichsgerichts mit diesen Civilsachen erfolgt ist, hat darin seinen Grund, daß für mehrere der Bundesstaaten die transitorische Beibehaltung eigener Landesgerichtshöfe mit beschränkter Kompetenz unausführbar sein würde, und auf der anderen Seite darin, daß die Unzulänglichkeiten zu beseitigen wären, welche für einzelne größere Rechtsgebiete aus der wiederholt zu Tage getretenen Divergenz der Entscheidungen des Oberhandelsgerichts und des betreffenden Landesgerichtshofes über die auch in Handelsfällen vorkommenden landesrechtlichen Fragen entspringen. Das sind Momente, welche ausschließlich im Landesinteresse ruhen und dem entspricht es auch, daß die Entscheidung darüber, daß in denjenigen Bundesstaaten, welche überhaupt mehr als ein Oberlandesgericht haben können und wollen, die Entscheidung über die landesrechtlichen Civilsachen in dritter Instanz einem eigenen Gerichtshof dritter Instanz, oder ebenfalls einem Reichsgericht überwiegen werden soll. Für Sachsen kommt auf der einen Seite in Betracht, daß wir nach dem Verhältnisse der einzelnen Rechtsgebiete keine Garantie dafür haben, daß unser Rechtsgebiet durch sächsische Juristen in demselben Maße ausreichend vertreten ist, als in Betreff der anderen Rechtsgebiete der Fall sein wird und kann. Demungeachtet kommen aber auch für Sachsen die Bedenken in Betracht, welche durch die Erhaltung eines eigenen Landesgerichtshofes dritter Instanz aus der beschränkten Kompetenz, welche ein solcher Gerichtshof haben würde und welche jederzeit durch Reichsgezez noch geschmälert werden kann, ferner aus der voraussichtlich sehr kurzen Zeit seiner Existenzfähigkeit und aus den mit einem solchen Transitorium unbedingt verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten von selbst sich ergeben. Auch diese Momente aber ruhen auf dem Landesinteresse und ergeben sich aus ganz andern Verhältnissen und Rücksichten, als die Interessen, welche für die Entscheidung der Frage maßgebend sein müssen und können, wo das Reichsgericht seinen Sitz haben soll.

Nun ergibt sich daraus für die Lage der sächsischen Regierung Folgendes: wir sind der Meinung, daß unter diesen Umständen die Entscheidung der sächsischen Regierung über die Frage, ob wir ein eigenes oberstes Gericht beibehalten sollen, für die Entscheidung über die Vorlage nicht maßgebend sein sollte. Wir können einen inneren Zusammenhang beider Fragen nicht anerkennen. Die Sache liegt nach unserer Auffassung umgekehrt. Wenn das Reichsgericht seinen Sitz in Leipzig erhalten soll, so werden durch diese Thatfache, wenn auch nicht die Voraussetzungen der Existenzfähigkeit eines eigenen obersten Gerichtshofes, so doch jedenfalls ganz wesentliche Bedingungen seiner geistlichen Thätigkeit beeinträchtigt. In diesem Falle wäre also die Beibehaltung desselben mit solchen Unzulänglichkeiten verbunden, daß dieselben die für die Beibehaltung an und für sich sprechenden Rücksichten, so gewichtig sie an sich sein mögen, entschieden überwiegen würden. Die Stellung der sächsischen Regierung ist also kurz zusammengefaßt die: Losgelöst von der Frage des Sitzes des Reichsgerichts ist die Frage wegen der Beibehaltung eines eigenen obersten Landesgerichtshofes dritter Instanz für Sachsen für die Regierung noch eine offene. Wenn aber das Reichsgericht seinen Sitz in Leipzig bekommt, so wird die Regierung bei den Vorlagen zur Ausführung der Justizgesetze an die Landesvertretung einen Antrag auf Beibehaltung eines obersten Landesgerichtshofes nicht stellen. (Bewegung.)

Justizminister Dr. Leonhardt: Wenngleich ich als preussischer Bundesbevollmächtigter zu Ihnen zu sprechen habe, so wird es doch nicht geschehen im Particularinteresse, sondern lediglich im Interesse des Reiches. Die Frage, ob dem Reichsgericht der Sitz in Berlin oder in Leipzig anzuweisen sei, hat eine politische und eine organisatorische Seite. Die politische beruht nicht, die organisatorische will ich nach der einen und nach der anderen Richtung hin etwas näher beleuchten. Im Bundesrathe hat in den verschiedenen Basen, welche die Entwürfe der Reichsjustizgesetze durchlaufen haben, keine Regierung scharfer den Reichsgedanken betont, als die preussische, keine die Interessen des Staats denen des Reiches so untergeordnet, und keine ist mehr geneigt und bereitwillig gewesen sich der großen Opfer zu unterziehen, welche die Entwicklung der Reichsjustizgesetzgebung für den Einzelstaat mit sich bringt. Es giebt deutsche Staaten, in welchen die Rechtspflege notorisch mangelhaft, das Bedürfnis einer Reform anerkannt, und nur aus rein äußeren Gründen nicht durchgeführt worden ist. Diese Staaten ziehen aus der Justizgesetzgebung neben den politischen ganz überwiegend sachliche Vortheile. Andere Staaten, besonders die süddeutschen, erfreuen sich einer wohlorganisirten Rechtspflege; auch diese Staaten, bei denen das Bedürfnis einer Reform nicht so dringend hervorgetreten ist, ziehen aus der Reichsjustizgesetzgebung neben den politischen sachliche Vortheile, aber anderer Art, als die erstgedachten Staaten. Zu diesen letzten Staaten gehört auch Preußen. In allen Provinzen des preussischen Staates befindet sich eine wohlorganisirte Rechtspflege, aber die Einwirkung der Reichsjustizgesetzgebung trifft keinen anderen Staat so, wie den preussischen, denn die Lage der süddeutschen Staaten ist etwa für Preußen vergleichbar den Verhältnissen des Rheinlandes und der Provinz Hannover, während die Organisation in ganz bedeutlicher Weise einwirkt auf die Verhältnisse der alten Provinzen.

Hier ist die Organisation eine totale, kann man sagen, während die übrigen Staaten, insonderheit auch Rheinland und Hannover, nur sehr partiell getroffen werden. Damit sind sehr große Opfer verbunden und die Größe und die volle Bedeutung dieser Opfer werden sehr bald hervortreten.

Es ist kein deutscher Staat auch nur entfernt so sehr bei der Aufrechterhaltung eines obersten Landesgerichtshofes interessiert wie Preußen; und dennoch ist dies die einzige Stimme gewesen, welche im Bundesrathe sich erklärte, daß es den Bundesstaaten, welche mehrere Oberlandesgerichte haben, gestattet werden soll, einen obersten Landesgerichtshof beizubehalten. (Hört!) Und als die preussische Regierung sich veranlaßt sah, ihren Widerspruch aufzugeben, da hat sie nicht Anstand genommen, offen und frei zu erklären, daß sie nicht daran denke, einen obersten Gerichtshof beizubehalten. (Hört!) Aber, meine Herren, damals hat der preussischen Regierung doch der Gedanke fern gelegen, daß der oberste Reichsgerichtshof aus Berlin verlegt werden solle. Wider ihren Willen wird sie ja vor die Frage gedrängt, ob sie einen solchen obersten Landesgerichtshof beibehalten soll, nicht etwa aus dem Grunde, der entwickelt worden ist, als wäre es nur etwas Zufälliges, daß das Reichsgericht beilebte seit mit der Civiljurisdiction, als wenn es richtig wäre, die Sache bis dahin aufzuschieben, daß ein gemeines deutsches Recht besteht, als wenn nur habe Rücksicht genommen werden sollen auf diejenigen Staaten, welche nicht in der Lage wären, einen obersten Gerichtshof zu bilden. Das ist meines Wissens auch nicht entfernt entscheidend gewesen. Wenn das Entscheidend gewesen wäre, so wäre die Frage für Preußen entschieden gewesen. Denn das der preussische Staat in der Lage ist, einen obersten Landesgerichtshof beizubehalten, ihn vollständig zu beschäftigen, das ist doch wohl nicht zweifelhaft. Aber der Gedanke, den das Reichsgericht die Kompetenz zu übertragen, welche es nach dem Entwurf hat, ist der gewesen, das Reichs-Interesse zu fördern, Einheit des Rechts nicht allein in Strafsachen, sondern auch in Civilsachen herbeizuführen. Und es ist keineswegs eine Wohlthat für das Reich oder eine einheitliche Rechtspflege, wenn Ausnahmen auf Grund des bekannten Vorbehalts gemacht werden.

Aber die Interessen der preussischen Regierung liegen nach einer ganz anderen Seite, denn der oberste Gerichtshof in Preußen hat eine Bedeutung, die weit über die Materien der Gerichtsbarkeit in Civil- und Strafsachen hinausgeht. Es liegen dem obersten Gerichtshofe Preußens eine Reihe von Functionen ob, welche vollständig außerhalb des Rahmens der Gerichtsbarkeit sind. Für Preußen kommt auch noch folgendes in Betracht: Preußen ist dem Zuge der neueren Zeit gefolgt, monach höchste Verwaltungsbehörden, welche eine der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit ähnliche Gerichtsbarkeit abgeben, besetzt werden mit Mitgliedern der Gerichte, und diese Mitglieder dieser gemischten Behörden können angemessen nur den Mitgliedern des obersten Gerichtshofes entnommen werden. Preußen dürfte sich vielleicht dem von Ihnen möglicherweise als particularistisch bezeichneten Gedanken hingeben, daß das Reich damit einverstanden sein könnte, in dem einen oder anderen Falle Preußen die Hilfe zu leisten, welche Preußen dem Reiche immer geleistet hat. Es ist dies kein particularistischer Standpunkt; es kommt dabei wesentlich folgendes in Betracht. Die bezeichneten Behörden sind auch Reichsbehörden, und es ist auch gar nicht zweifelhaft, daß sie mit der weiteren Entwicklung des Reiches sich vermehren werden. Preußen ist aber nach Aufgabe seines obersten Gerichtshofes nicht mehr in der Lage, dem Reiche diejenige Hilfe zu gewähren, die es bisher gewährt hat. Nach meinen Erfahrungen wird daran nicht der allermindeste Zweifel sein, daß es ganz wesentlich für die Stellung eines Reichsgerichts ist, daß es nicht allein von vornherein die richtige Stellung einnimmt, sondern auch behauptet, daß die Besetzung des Gerichts mit den hervorragendsten Capacitäten der Justizbeamten erfolge.

Dies gilt nicht allein für das Richteramt, sondern wesentlich auch für die Rechtsanwaltschaft. Denn nach der Natur des Rechtsmittels, worüber das Gericht zu erkennen hat, wird es sehr schlimm um dieses Gericht aussehen, wenn nicht eine besonders tüchtige Rechtsanwaltschaft beim Reichsgericht eintritt. Nach meinen Erfahrungen fehlt aber aller Glaube, daß es möglich sein werde, ein Reichsgericht in Leipzig mit hervorragenden Capacitäten zu besetzen. (Hört!) Seit ich preussischer Minister bin, sind im Obertribunal nicht weniger als 59 Vacanzen in Nachstellen eingetreten, und bei keiner einzigen habe ich auch nur die allermindeste Schwierigkeit gehabt. Jeder Aufgeborene ist stets gern und freudig dem Rufe gefolgt; nur einmal kam es vor, daß ein Mitglied eines Appellgerichtes, und zwar ein Rheinländer, ablehnte. Anders war es bisher mit dem Oberhandelsgericht. Die Mitglieder desselben sind bei Weitem bevorzugt gegenüber denen des Obertribunals, besonders in Bezug auf die günstigen Besoldungen und Pensionsverhältnisse; und ich war also des Glaubens, daß die Mitglieder des Berliner Obertribunals mit Freuden dem Rufe nach Leipzig folgen würden. Das Gegenteil hat sich herausgestellt. Ich habe stets die größten Schwierigkeiten gefunden und mir im Laufe der Zeit so viel Körbe beim Obertribunal eingeklopft, daß ich es aufgegeben habe, einem Obertribunalsmitgliede eine Einladung nach Leipzig zu machen. Ich bin also an die Mitglieder der Appellationsgerichte gegangen, aber schon beim ersten Versuche haben mir drei das Anerbieten abgelehnt, erst ein Vierter ließ sich darauf ein. (Hört! Hört!) Das sind Facta, über die Gründe will ich mich nicht äußern. So ist es nicht allein der preussischen, sondern auch anderen Regierungen ergangen und notorisch ist, daß eine süddeutsche Regierung, als sie ihren Vorschlag zu machen hatte, noch weit größere Schwierigkeiten fand als die preussische. Dann die Rechtsanwaltschaft. Ich hatte geglaubt, daß eine Reihe hervorragender Rechtsanwälte nach Leipzig übersiedeln werde es hat sich nicht bestätigt.

Vom Obertribunal und den preussischen Appellationsgerichten hat sich auch nicht eine einzige Person fortbewegt. Im Ganzen sind von Preußen nach Leipzig übersiedelt neun Anwälte. Zwei ließen sich nach bestandnem Examen in Köln und Frankfurt am Main anstellen, wo die Advocatur frei ist, und siedelten dann nach Leipzig über. Man kann nicht sagen, daß diese jungen Herren sehr geeignete Persönlichkeiten für einen obersten Gerichtshof gewesen sind. Uebrigens sind von diesen neun Uebergesiedelten bereits drei wiedergekommen und ein Richter in Leipzig hat mich wiederholt dringend gebeten, ihn in seine alten Verhältnisse unter weit ungünstigeren Bedingungen, als er sie früher gehabt, wieder zurück zu verlegen. Ich habe darauf nicht eingehen können, weil ich die Stelle nicht besser zu besetzen wußte; es war ein Rheinländer in Frage, und vollkommen mit rheinischen Juristen einen Gerichtshof zu besetzen, hat seine Schwierigkeiten, weil dieselben sehr ungern den Rhein verlassen. Ich glaube einen Grund anzuzeigen zu können, welcher die Richter und Anwälte nicht geneigt macht, nach Leipzig zu gehen. Der Jurist ist der ganzen Natur seines Studiums nach zur Einseitigkeit geneigt, und diese Gefahr der Einseitigkeit steigt in demselben Maße, als der Richter hochsteigt. Der Richter erster Instanz ist noch mitten im concreten Leben; der Appellrichter hat doch noch etwas mit dem Factum zu thun, da es sich für ihn neu gestalten kann. Aber das Mitglied des obersten Gerichtshofes ist nichts Anderes als ein Ausleger des Rechtes, er muß in die Mitte des öffentlichen Lebens hinein, sonst verkümmert er mit seinem Gericht. (Sehr richtig!)

Hier kann ich noch anführen, es wird das für den Abg. Frankenburger ein besonderes Interesse haben, wie über diese Sache ein Mann dachte, der mit Recht eine große Autorität in juristischen Sachen ist, der Obertribunalsrath Waldeck. Er konnte die Frage sehr gut beurtheilen, denn er war lange Zeit Mitglied des Obertribunals. Als es sich um die Errichtung des Oberhandelsgerichtes in Leipzig handelte, erklärte er: Wenn die Zeit kommen sollte, daß ein Gerichtshof über ganz Deutschland Recht spricht, und wenn dieses Rechtsmittel das der Cassation sein würde — und beides ist der Fall — dann wäre es ja gar nicht denkbar, daß dieser Gerichtshof einen anderen Sitz haben könnte als Berlin. (Hört!) Ich empfehle diese beherzigenswerthe Rede Ihrer Aufmerksamkeit. Er sagt: Wäre es nicht der größte Nachtheil von der Welt, wenn bei unseren bestehenden Verhältnissen dieser höchste Gerichtshof, das Obertribunal, nach Leipzig verlegt werden sollte? Meiner Meinung nach ist bislang die Natur und der Charakter des Rechtsmittels, über welches das Reichsgericht zu entscheiden hat, noch gar nicht in Betracht gezogen; und das traf eben Waldeck. Ich freue mich, diesen Mann als eine Autorität für meine Ansichten hier anführen zu können (Auf links: „Erster Fall!“ Heiterkeit). Ich halte es für vollständig unnatürlich, das oberste Reichsgericht von den obersten Reichsbehörden zu lösen. Diese stehen in unmittelbarem Zusammenhange, müssen sich gegenseitig unterstützen und Leben geben. (Sehr wahr!) Das alles ist Ihnen vom Abg. Gneist ausführlich vorgetragen. Wenn die Sache nicht so außerordentlich natürlich wäre, wie wäre es denn erklärbar, daß fast in allen Staaten Europas das oberste Gericht stets an dem Orte wäre, wo die obersten Staats- und Reichsbehörden ihren Sitz haben? Geben Sie mir dafür eine Erklärung! So etwas ist doch nicht bloß zufällig.

Ich glaube also, daß Sie davon ausgehen müssen, dem Reichsgerichte einen Ort in dem Mittelpunkt des öffentlichen Lebens anzuweisen und dieser Mittelpunkt ist nicht Leipzig, sondern Berlin. Wenn Sie das nicht thun, so weisen Sie meiner Ueberzeugung nach dem Reichsgerichte den Weg, auf welchem ein anderes Reichsgericht sein ruhmloses Ende zu Weimar fand. Ich beruhere noch einige Punkte. Wenn für Leipzig der Besizstand angeführt ist, so kann ich das nicht anerkennen; ich bewundere in dieser Beziehung die seltene Objectivität des Herrn Staatssecretärs im Reichsjustizamt. (Heiterkeit.) Wenn man die Motive liest, sollte man glauben, daß es sich darum handle, einen Gerichtshof von Leipzig nach Berlin zu verlegen. Davon ist aber gar nicht die Rede. Der Bundesoberhandelsgerichtshof erhielt mit dem 1. October 1879 wie jedes beliebige andere Gericht und an seine Stelle tritt ein ganz anders charakterisiertes Gericht. Der Handelsgerichtshof

ist ein Specialgerichtshof und es lag sehr nahe, daß man ihm seinen Sitz in Leipzig anwies, weil eben Leipzig ein bedeutender Handelsort ist. Jetzt handelt es sich aber um einen allgemeinen Gerichtsstand für Deutschland und da kommt eine ganz andere Erwägung in Betracht. Die Frage stellt sich nicht: „Saben wir Grund in Leipzig zu bleiben oder nicht,“ sondern dahin: „Wenn nach allgemeinen Erwägungen angenommen werden muß, daß ein Reichsgericht in Verbindung bleiben muß mit den übrigen Reichsbehörden, bestehen dann besondere Gründe, welche uns veranlassen können, hiervon abzuweichen? Und einen solchen Grund konnte ich in der obigen Erwägung nicht finden. Dann ist auf die Unabhängigkeit der Richter Bezug genommen. Es scheint mir nicht den Verhältnissen entsprechend zu sein, hier für die Unabhängigkeit deutscher Richter zu sprechen. (Sehr richtig!)

Die deutschen Richter sind unabhängig, wie die Richter irgend eines anderen Staates. Wenn die Richter überhaupt Garantien für ihre Unabhängigkeit bedürfen, so haben Sie ihnen dieselben im höchsten Maße gewährt. (Sehr richtig!) Sie haben die Richter förmlich verbarrikadirt mit Garantien (weiter!) und ich frage auch den Abg. Gneist, ob es nöthig gewesen wäre, so viele Garantien zu geben. Nun aber mit dem Abg. Frankfurter zu sagen, immer noch ein Bißchen mehr Garantie könnte nichts schaden — (weiter!) das vermag ich nicht. Wenn man einige Erfahrungen in solchen Dingen hat, so muß man doch in der That mit dem Abgeordneten Gneist sagen, die Unabhängigkeit der Richter dem Gerichtsverfassungsgesetz gegenüber kann nur gegeben werden durch eine Garantie gegen tendenziöse Befehle. (Sehr gut!) Dagegen können Sie aber keine Garantie gewähren. Davon abgesehen, ist in der That Alles geschehen, was geschehen konnte. Wir können hier nicht mit dem Abgeordneten Frankfurter die Erkenntnisse des Obertribunals discutiren. (Sehr richtig! recht!) Wollen wir des halb die Sache auf sich beruhen lassen. Ich möchte aber noch bemerken, daß die Güte von Urtheilen nicht im Grund und Boden, sondern in den Personen liegt! (Sehr wahr!) Ein Reichsgericht wird in gleicher Weise in Leipzig und Berlin besetzt werden. Berliner Richter werden eventuell überhoben nach Leipzig und aus den übrigen Staaten werden, wenn es sein muß, Richter übergehen nach Berlin. Die Befehle des Reichsgerichtes wird eine wesentlich verschiedene werden. Es kann ja sein, daß diese Veränderung in den Befehlen Richtersprüche in neuem Geiste, wie der Abg. Frankfurter sich ausdrückt, herbeiführt. Aber der Ort kann dabei nicht in Betracht kommen. (Sehr gut!) Ich glaube, daß es nach Allem im Interesse des Reichs liegt, dem Reichsgericht seinen Sitz in Berlin anzuweisen. (Lebhafter Beifall von verschiedenen Seiten des Hauses.) (Schluß folgt.)

Berlin, 19. März. [Der Oberpostdirector in Bromberg.] Wie man der „Kreuzzeit.“ von genau unterrichteter Seite mittheilt, ist dem Oberpostdirector in Bromberg, Herrn v. Jahn, ein längerer Urlaub ertheilt worden. Der General-Postmeister Dr. Stephan hat die Verwaltung des Bromberger Postbezirks an den Oberpostdirector Bergemann aus Gumbinnen übertragen; Herr Bergemann war früher längere Zeit Vorsteher des Postamts in Berlin. Augen scheinlich steht das gemeldete Arrangement mit der Sache des Dr. Kantecki in engem Zusammenhange.

Gewinn-Liste der 4. Klasse 155. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr.
Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigelegt.)

Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

2 37 69 (300) 82 141 73 76 83 244 95 (600) 310 (300) 17 37 50 469 555 67 (600) 621 36 (1500) 98 701 69 87 820 48 (3000) 904 (600) 34 61 64 82 1128 (3000) 87 94 209 32 80 (300) 388 455 559 (600) 73 600 4 35 49 92 713 (300) 30 45 86 832 90 906 27 2026 128 33 51 57 (300) 86 (300) 263 99 302 450 674 734 834 (1500) 85 918 39 41 74 3184 97 204 17 51 340 59 637 (600) 465 87 89 93 520 (1500) 56 (600) 57 633 97 706 (600) 10 83 910 53 66 (300) 4003 176 245 58 78 84 (1500) 98 323 (300) 85 417 59 65 (1500) 88 505 73 622 98 721 38 69 (300) 896 931 33 5002 (600) 54 62 73 135 54 74 213 69 (1500) 74 414 69 554 604 16 797 852 66 76 (600) 6038 (300) 86 103 83 98 205 309 (3000) 28 48 (1500) 406 (600) 511 639 784 90 806 20 39 89 922 57 74 7034 71 100 36 41 88 (1500) 230 38 79 345 441 45 561 76 (600) 82 631 64 88 91 94 784 831 38 64 935 43 8029 75 (600) 112 47 (300) 93 316 (300) 22 26 98 574 628 743 823 67 71 943 61 81 9003 37 41 142 67 89 229 51 52 (600) 68 315 67 78 (1500) 86 96 400 22 (1500) 62 (300) 563 88 635 38 55 82 823 (600) 33 87 929 40 (300) 96.

10,054 102 (1500) 96 382 405 27 512 28 746 813 31 40 65 89 993 11,010 (300) 163 (300) 204 15 40 (300) 77 389 472 79 544 626 720 (600) 809 40 984 90 12,103 45 59 367 499 662 64 701 68 71 (300) 802 13 47 56 78 81 961 13,008 198 207 44 334 46 71 508 28 628 78 872 (3000) 83 907 15 14,097 165 83 372 87 570 85 (300) 615 723 37 44 54 (300) 75 809 26 74 965 15,008 10 81 91 95 125 304 437 637 743 70 856 (30,000) 84 900 63 68 97 16,057 106 37 (1500) 209 (600) 46 68 75 81 429 34 536 670 (1500) 768 833 49 63 901 72 82 98 17,034 69 166 (1500) 220 (600) 21 31 78 301 97 (600) 442 66 503 96 677 826 82 907 18,140 62 63 81 (300) 210 (600) 12 34 61 310 53 57 83 449 61 88 (3000) 542 10 748 821 23 (300) 27 908 (300) 52 (600) 65 19,027 28 (300) 87 102 16 25 36 59 82 221 39 43 60 73 94 394 (600) 474 76 508 11 53 90 623 757 869 87 915.

20,040 106 234 75 78 98 333 40 51 426 49 (3000) 66 (3000) 77 512 605 17 734 48 85 850 96 950 86 (1500) 21,045 58 148 51 268 69 447 54 94 550 99 642 (300) 71 83 (600) 715 40 54 81 963 95 22,023 29 (600) 51 82 221 36 85 (300) 385 90 442 533 64 74 723 66 (300) 70 873 77 78 (3000) 900 5 26 (3000) 23,145 74 87 348 66 (3000) 67 77 96 (1500) 451 54 (300) 60 500 18 (300) 42 658 62 742 824 (300) 57 85 (300) 936 24,009 61 101 6 204 66 (3000) 94 326 41 66 526 49 95 (600) 624 719 63 803 30 91 (300) 912 53 25,171 202 21 22 318 81 424 37 505 31 56 614 (300) 66 763 (3000) 90 807 42 60 916 82 26,007 14 34 62 (3000) 67 71 144 69 257 78 79 327 33 67 425 592 617 24 63 712 15 (600) 42 69 85 (1500) 87 (1500) 892 (1500) 949 27,010 18 (600) 35 61 76 114 376 518 609 33 700 77 83 804 913 22 62 72 28,010 47 60 (3000) 68 128 (3000) 95 281 805 23 (300) 71 532 58 69 85 604 50 86 707 34 828 29 73 78 909 (300) 60 93 29,027 69 187 210 48 314 48 (1500) 56 67 (3000) 453 85 524 691 712 14 (300) 881 99 905 39 42 48 (600).

30,004 6 19 55 (600) 137 53 280 353 477 (300) 98 508 97 619 (300) 42 93 702 (300) 30 73 91 803 66 (600) 917 27 96 31,006 13 (600) 26 57 68 88 105 71 209 15 66 (300) 308 80 88 431 45 72 528 649 81 727 (600) 66 80 91 842 82 984 93 (300) 32,074 229 36 42 94 64 98 431 39 (300) 500 2 24 68 686 (300) 718 56 72 (3000) 804 940 82 (3000) 33,268 355 460 565 (300) 710 (1500) 24 813 (300) 984 34,073 (600) 82 (300) 113 17 (300) 24 209 39 372 704 97 849 53 86 94 72 35,029 146 57 335 67 (300) 82 519 75 635 793 832 33 56 58 64 68 911 36,001 (300) 36 97 198 236 53 (3000) 60 315 (1500) 69 503 77 644 (600) 53 (600) 86 (300) 803 (1500) 941 81 (1500) 37,007 (600) 26 54 63 74 298 (3000) 361 457 75 529 37 52 70 605 19 (1500) 21 722 77 869 903 19 38,049 136 213 62 305 80 (300) 402 616 45 54 787 831 71 39,009 (300) 77 125 62 80 (1500) 206 394 441 93 544 53 79 609 21 69 (600) 91 740 859 86 921 47 48 (300) 58 (300).

40,024 245 385 (300) 419 47 579 720 47 79 89 812 21 82 41,013 90 238 84 94 325 64 509 46 63 65 85 634 37 (600) 70 704 51 63 (600) 69 96 842 921 47 42,017 50 52 56 113 237 60 99 392 401 11 25 (600) 73 (300) 85 (600) 700 9 29 841 (3000) 95 960 98 43,113 73 93 (600) 263 99 368 415 99 534 62 657 713 28 (300) 82 919 21 26 (1500) 31 79 (300) 44,043 112 37 (300) 68 258 66 71 (1500) 77 (300) 93 315 437 67 507 17 67 76 (1500) 93 (600) 722 33 91 857 78 967 71 86 (300) 45,042 59 113 41 42 203 59 90 95 97 310 11 58 401 48 (300) 580 608 83 715 36 851 (3000) 918 45 (1500) 67 96 46,070 (3000) 129 60 (1500) 86 90 412 47 (300) 541 86 98 637 (300) 49 717 19 73 (300) 906 41 88 89 93 47,035 (300) 109 (600) 207 305 404 15 59 88 526 617 32 71 76 748 831 43 88 993 (300) 36 91 48,055 (300) 72 106 18 83 206 25 303 32 491 525 (600) 41 680 727 935 49,033 213 57 77 87 342 76 (600) 417 54 532 615 57 73 99 735 859 912 54 64 77.

50,002 110 211 366 426 38 83 (3000) 89 587 676 705 12 848 (1500) 51,019 59 89 (300) 92 185 238 61 88 368 81 445 69 70 508 (300) 23 70 713 836 (600) 73 (300) 906 52,034 105 (600) 76 94 203 (600) 30 63 308 55 506 13 44 82 624 (3000) 31 83 86 738 (3000) 810 906 53,009 63 105 233 96 (3000) 317 44 77 418 20 22 (300) 505 (600) 50 (600) 700 826 68 913 44 48 (300) 54,005 (1500) 17 59 (600) 63 139 58 61 96 97 204 (3000) 25 33 81 338 56 (600) 453 (300) 73 553 69 627 69 75 743 872

930 39 83 (600) 55,054 (300) 124 42 (150) 212 31 92 322 23 43 81 (300) 90 97 466 571 603 722 59 86 88 838 6 905 65 56,049 84 87 91 (300) 119 248 335 62 (300) 436 509 645 78 709 11 18 33 83 91 832 61 966 87 57,026 36 51 86 125 27 210 25 58 91 361 72 96 434 48 53 69 521 27 62 723 51 58,034 (300) 41 (600) 126 218 (3000) 64 313 15 29 46 57 64 92 (300) 479 547 627 60 78 84 91 (300) 92 833 94 964 59,067 144 58 61 75 262 68 305 93 449 (300) 526 29 628 705 (300) 43 49 96 (3000) 800 35 (1500) 76 (300) 80 88 901 54 56.

60,156 94 206 95 329 42 68 (1500) 414 16 70 (1500) 78 82 524 47 603 14 67 756 75 851 97 901 35 40 63 91 61,096 195 225 51 61 94 343 64 90 431 70 525 33 696 710 (300) 67 (600) 90 (300) 91 (3000) 809 40 44 62,137 73 238 41 95 317 18 438 92 93 548 (600) 91 616 61 765 (300) 807 17 922 (300) 63,024 35 45 47 63 104 25 44 73 207 (1500) 54 68 83 89 337 477 555 84 98 628 (1500) 61 714 42 (300) 68 838 930 72 79 64,135 45 227 (3000) 38 (300) 471 510 (1500) 42 (3000) 53 615 23 31 72 73 (1500) 92 (300) 709 800 34 64 900 38 65,112 82 297 (600) 348 (300) 67 504 93 606 30 (3000) 86 769 96 (300) 873 907 37 56 94 66,009 23 92 127 86 211 36 47 (1500) 92 346 55 (300) 85 421 48 50 71 513 32 (600) 77 92 620 88 817 29 42 80 84 912 52 56 79 67,044 85 100 1 20 296 337 41 20 (300) 513 (300) 40 44 75 767 898 929 (600) 61 68,079 (3000) 198 349 75 87 88 436 98 503 619 (300) 51 720 25 48 89 858 913 28 31 69,032 (600) 62 63 (300) 249 311 78 (3000) 81 476 91 505 12 97 608 28 (300) 33 61 745 852 54 908 18 82 94.

70,081 92 245 (3000) 48 88 310 439 40 (300) 52 (1500) 513 17 (1500) 31 48 85 628 53 88 704 33 77 830 43 936 53 71,022 (1500) 35 43 (1500) 107 38 65 272 346 58 90 406 40 554 67 94 661 70 85 732 71 84 99 926 72,030 98 112 (1500) 37 50 73 88 204 38 80 (3000) 364 (600) 524 79 613 99 (3000) 708 19 98 817 89 936 73,008 17 18 47 (600) 52 57 122 56 78 87 200 41 319 425 50 614 83 (3000) 720 29 41 802 55 64 999 74,110 74 79 204 21 (1500) 309 (300) 13 62 428 42 (600) 46 60 625 38 42 743 881 947 75,012 (600) 44 59 (300) 67 208 13 33 37 343 (300) 418 (300) 77 83 (300) 544 46 69 77 606 71 721 23 30 38 81 810 (600) 11 27 (600) 47 89 (600) 76,015 30 41 197 247 305 (300) 80 (300) 439 89 539 612 (300) 13 16 32 702 51 66 874 928 30 37 54 79 77,059 75 (300) 136 64 65 223 33 72 77 322 (600) 401 79 (600) 91 627 44 72 92 859 922 92 (300) 78,018 118 54 87 231 43 88 373 413 30 97 502 69 70 88 614 48 715 68 851 85 916 20 31 (600) 89 (300) 79,059 84 122 254 71 93 352 405 16 (300) 57 84 584 614 65 68 (1500) 69 (600) 94 933 64 (300) 70 96.

80,078 114 23 (300) 211 20 (300) 27 44 80 86 311 49 66 68 78 (3000) 493 74 80 (300) 83 94 554 95 634 760 (300) 817 28 72 74 77 81,079 (3000) 193 219 20 42 62 349 (15,000) 84 403 68 82 562 67 (600) 72 79 622 26 702 853 904 13 22 50 83 82,035 41 43 79 130 61 206 85 369 429 529 (300) 66 68 (300) 84 (300) 724 31 39 84 861 (3000) 67 81 89 931 98 83,045 103 69 (3000) 208 25 38 387 (3000) 92 483 85 574 90 99 (600) 615 778 94 812 20 957 84,052 85 164 96 216 38 82 300 41 442 (600) 630 733 809 85,020 33 94 (300) 115 37 53 58 213 (1500) 31 72 73 (300) 83 332 88 405 43 46 548 626 63 761 (300) 65 (1500) 77 813 34 44 64 922 86,026 79 (600) 121 (300) 75 80 204 (1500) 308 (3000) 12 14 33 42 86 502 21 (3000) 70 616 727 (300) 28 (1500) 43 63 911 87,070 (600) 109 207 24 60 372 95 476 595 680 707 8 73 79 (300) 874 905 120 20 54 88,009 202 45 49 59 395 96 (300) 438 41 (1500) 69 (300) 560 687 705 74 89,029 (300) 59 100 9 32 28 22 (300) 74 (3000) 82 346 60 84 403 20 27 35 50 68 501 59 777 81 824 40 965 74 (300) 96.

90,030 (600) 74 94 102 48 63 86 278 336 436 537 72 619 28 812 91,007 41 (3000) 69 97 192 370 92 415 83 535 655 99 732 (3000) 62 (300) 816 (3000) 23 31 61 79 92,148 61 333 467 (300) 87 (600) 597 (3000) 649 (1500) 50 (300) 70 783 824 25 54 (1500) 87 923 (300) 53 70 87 (300) 93,197 269 (300) 81 96 330 52 (600) 75 456 73 85 (300) 510 29 54 617 752 63 (600) 802 46 90 948 (3000) 94,023 (1500) 41 130 46 (6000) 93 224 52 74 339 76 462 80 (3000) 553 65 643 68 70 760 852 75 91 930 61.

Berlin, 19. März. [Widerlegung. — Der Doctor-titel.] Der Socialdemokrat Kapell hat in der Sitzung des Reichstages vom 12. d. behauptet, im Kreise Neurode herrsche außerordentliches Elend und der Hungerhypeus in dem Grade, daß nach den neuesten Nachrichten in der Stadt Neurode allein 115 Personen der Seuche erlegen seien, und daß die Regierung selbst Besorgnis wegen der Weiterverbreitung gefaßt und einen genauen Bericht verlangt habe. Erst in Folge dieser Aeußerung ist ein Bericht eingefordert worden und der Landrath des Kreises hat ein von ihm mit dem Kreisphysikus aufgenommenes Protokoll eingereicht. Der Physikus versichert darin mit Bestimmtheit, daß seit sechs Monaten kein einziger Typhusfall in der Stadt Neurode festgestellt sei und eben so wenig in den ländlichen Distrikten des Kreises. Im Ganzen sei der Gesundheitszustand des Kreises gegenwärtig eher günstig als ungünstig zu nennen. Die ganze gegenseitige Behauptung stellt sich demnach als eine aus der Luft gegriffene heraus. — Der Cultusminister hat an die Provinzial-Schulcollegien und an die Bezirksregierungen einen Erlaß gerichtet, welcher die Zulässigkeit der Föhrung des philosophischen Doctorstitels betrifft. Während nämlich die philosophische Facultät der preussischen Universitäten mit Einschluß der Akademie zu Münster die Doctorwürde nur nach vorgängigem mündlichen Examen und auf Grund einer gedruckten Dissertation ertheilt, wird an manchen nicht-preussischen Universitäten die Erfüllung dieser Vorbedingungen nicht gefordert. Der Minister findet hierin einen so wesentlichen Unterschied in der Bedeutung der Würde, daß er ihn künftig im Bereiche der preussischen Verwaltung dadurch zur amtlichen Geltung bringen will, daß die Unterrichtsbehörden nur diejenigen dem Unterrichtsweisen angehörigen Personen im amtlichen Verkehr mit der Doctorwürde bezeichnen, welche diese Würde auf die in Preußen vorgeschriebene Art erworben haben. Die Provinzial-Schulcollegien sind deshalb angewiesen worden, den an öffentlichen und privaten Lehranstalten angestellten Lehrern, welche nicht bereits im rechtmäßigen Besitze der Würde eines Doctors der Philosophie sind, im amtlichen Verkehr den Doctorstitel nur dann beizulegen, wenn sie ihn von einer preussischen Universität oder von der Akademie zu Münster erhalten, oder wenn der an einer nicht-preussischen Universität Promovirte nachweist, daß er auf Grund eines mündlichen Examens und einer gedruckten Dissertation den Titel erlangt habe. Ausnahmen machen jedoch die honoris causa zu Doctoren ernannten und diejenigen Lehrer, welche aus fremdem Staats- oder Schuldienst in den preussischen übergetreten sind und bereits vorher den Doctorstitel besaßen.

[Postverkehr.] Aus Kiel von gestern, 10 Uhr 30 Minuten, wird gemeldet: Post aus Christiania vom 16. ist heute nicht eingegangen.

München, 19. März. [Prinz Luitpold] wird sich im Auftrage des Königs nach Berlin begeben, um Sr. Majestät dem Kaiser zu dessen Geburtstagsfeste die Glückwünsche des Königs zu überbringen. Die Abreise des Prinzen, welcher mehrere Tage in Berlin zu verweilen gedenkt, ist auf morgen früh festgesetzt.

Stuttgart, 19. März. [Prinz Hermann von Sachsen-Weimar] ist heute im Auftrage des Königs nach Berlin abgereist, um Sr. Majestät dem Kaiser zu dessen Geburtstagsfeste die Glückwünsche des Königs zu überbringen.

Deisterreich.
Wien, 19. März. [In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses] brachte der Abg. Sturm den Antrag auf Abänderung des Delegationsgesetzes ein.

Provinzial-Beitung.
ch. Breslau, 20. März. [Die Ausdehnung des Typhus in Oberschlesien.] Nach amtlichen Mittheilungen sind in Oberschlesien und zwar im Kreise Beuthen 11, Gleiwitz 8, Rattowitz 19, Pless 18, Grop-Strehlig 10 und Zabrze 2 Distrikten vom Typhus befallen.

Grünberg, 19. März. [Vorshußverein. — Actien- & Garten-Gesellschaft. — Gartenbau.] Zu den wenigen Unternehmungen, die trotz aller Kradzeiten günstige Resultate dank ihrer ruhigen soliden Leitung aufzuweisen haben, gehört der hiesige Vorshußverein. Derselbe, von Herrn Lehrer Deder streng nach genossenschaftlichen Principien geleitet, hat vielen Geschäftsleuten großen Nutzen gewährt und ist derselbe im Jahre 1876 zu 2210 Darlehensposten im Betrage von 975,000 Mark benutzt worden. Die Zahl der Mitglieder beträgt 490, der Kassenumsatz in Einnahme 1,079,500 Mark, in Ausgabe 1,072,200 Mark. Die Depositionen betrugen 173,000 Mark, die Stammantheile der Mitglieder 42,200 Mark, der Gewinn stellt sich auf 5440 Mark und da die Beschlüsse nur 1042 Mark betragen, so kommen auf Vorshuß der Verwaltung 8 pCt. Dividende auf die Stammantheile zur Vertheilung und wird der Meßerbesonnd, der durch einen früheren Verlust in Anspruch genommen war, wieder auf 1400 Mark erhöht. Die General-Versammlung hat ihren Dank für die äußerst gewissenhafte Geschäftsföhrung durch einstimmige Wiederwahl des Vorstandes bekräftigt, der aus den Herren B. Deder, B. Mühle und Willhoh besteht. — Ebenfalls verhältnismäßig gute Geschäfte hat der Grünberger Gartenbau-Verein gemacht. Derselbe hat den Zweck, gute Obstsorten einzuföhren, unter Leitung des Herrn Kunstgärtner Bromme vollkommen erfüllt und hat derselbe sich besonders durch die Zucht ausgezeichneten Pflanzchen, die auch bei Hofe Verwendung finden, großen Verdienst erworben. Dem gemeinnützigen Zwecke des Unternehmens gemäß haben die Actionäre auf die ca. 8 pCt. betragende Dividende zu Gunsten der fernerer Consolidirung und Erweiterung des Gartens verzichtet. Zur Hebung des hiesigen Garten- und Obstbaues hat der Gewerbe- und Gartenbau-Verein den dankenswerthen Versuch gemacht, einen Kursus zu diesem Zwecke einzurichten und sind zu demselben schon vielfache Anmeldungen erfolgt. Es steht zu hoffen, daß in Anerkennung der Bedeutung Grünberg's für den Obst- und Weinbau der Staat resp. das landwirthschaftliche Ministerium nicht abgeneigt sein wird, eine Subvention zu bewilligen. Die Zeitung des Kururs, aus dem sich allmählig eine Gartenschule entwickeln dürfte, haben die Herren Kunstgärtner Bromme und Lieutenant Eichler übernommen. Der Kunstgärtner Herr Eichler senior, der um den Obstbau Grünberg's große Verdienste sich erworben hat, ist zum Ehrenmitgliede des Gewerbe- und Gartenbau-Vereins ernannt worden, dessen ältestes und verdienstvollstes Mitglied er ist.

Georgenberg, 18. März. [Eine lustige Geschichte von der Grenzbesatzung.] In einer der letzten Nächte wurden die Bewohner der Oberförsterei B. durch einen in der Nähe abgefeuerten Schuß erschreckt. Einer der angestellten Wildschützjäger begab sich hinaus, um zu sehen, was da los sei, als ihn ein Soldat von der Grenzbesatzung, nach wie aus dem Wasser gezogen, mit der Meldung entgegankam, daß er, der Soldat, eben auf eine große Menge Poladen, die die Grenze überschritten, gestoßen, daß er nach vergeblichem Halteruß Feuer gegeben, daß die Bande sich darauf getheilt und eilfertig davon gelaufen sei. Der Soldat wäre, wie er hinzusetzte, wohl eine kurze Strecke nachgelaufen, der großen Finsterniß halber aber in einen Wassertümpel gefallen und hätte so die Verfolgung aufgeben müssen. In seiner nicht geringen Ueberraschung machte der Jäger den Soldaten darauf aufmerksam, daß derselbe es nicht mit Polen, sondern mit einem Rudel Hochwild zu thun gehabt habe. Thatsächlich

